

Finanzkrise: Deregulierung hat mehr zur Krise beigetragen als niedrige US-Zinsen	2
Niedriglohn: Lohnspreizung ohne Beispiel	3
Arbeitsmarkt: Strategien für mehr Arbeitsplätze	4
Mindestlöhne: In Westeuropa über 8,40 Euro	6
Arbeitsmarkt: Leiharbeit – Nachbarn regulieren besser	7
TrendTableau	8

WIRTSCHAFTSKRISE

Abkehr von der Exportstrategie

Bleibt Deutschland auch nach dem Ende der Wirtschaftskrise auf den Export konzentriert, werden nicht genügend neue Jobs entstehen. Mehr Erfolg verspricht eine stärkere Orientierung auf die Binnenwirtschaft, zeigt eine Studie des IMK.*

Die Wirtschaftskrise hat exportorientierten Ländern wie Deutschland einen besonders scharfen konjunkturellen Einbruch beschert. Ohne die Kurzarbeit hätte dies auch schon weitaus stärker auf die Arbeitslosenzahlen durchgeschlagen. In den nächsten Jahren wird die Weltwirtschaft nach Einschätzung vieler Ökonomen nicht wieder so kräftig wachsen wie vor der Krise. Damit fällt der Außenhandel als treibende Kraft der deutschen Wirtschaft aus.

Bis Ende 2010 dürfte die Zahl der Arbeitslosen auf 4,7 Millionen steigen, prognostiziert das IMK. Führt Deutschland seine bisherige Exportstrategie unter den verschlechterten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fort, dürfte die Arbeitslosigkeit auch nach dem Ende der Krise kaum zurückgehen.

Strebt die deutsche Wirtschaft sogar noch aggressiver nach mehr Exporten, würde sich der Druck auf die Löhne erhöhen. Damit wären zwar deutsche Produkte für das Ausland attraktiver – allerdings auf Kosten der Binnennachfrage. Das Wirtschaftswachstum bliebe relativ schwach.

Für ein nachhaltiges, kräftigeres Wachstum machen die Wirtschaftsforscher deshalb Vorschläge, wie sich die Binnenwirtschaft stärken ließe:

Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. So ließe sich das Ausfransen der Lohnstruktur nach unten eindämmen. Der private Konsum würde zunehmen.

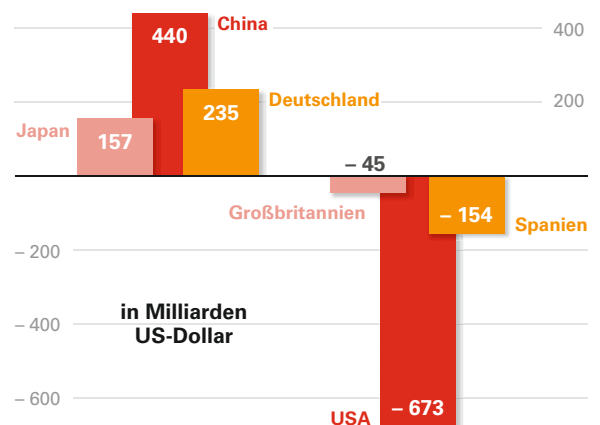
Mehr öffentliche Investitionen. Denn höhere Ausgaben für Infrastruktur und Bildung steigern die Produktivität – und ermöglichen damit auch privaten Wohlstand.

Förderung privater Investitionen. Das Steuersystem sollte auch für Privatleute Anreize setzen, in die reale Wirtschaft zu investieren – und nicht in Finanzprodukte. Deshalb sollten Finanzmarkttransaktionen besteuert werden.

Eine Abkehr von der Exportstrategie bedeute „nicht, dass die Exporte reduziert werden müssten, sondern, dass in Zukunft eben auch die Importe nach Deutschland sich im Gleichklang mit den Exporten bewegen sollten“, betonen die IMK-Forscher. ◀

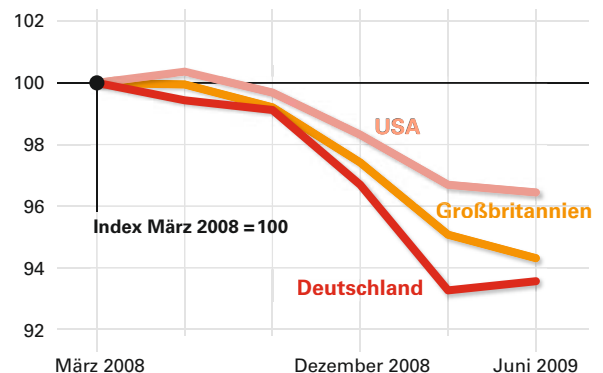
Massive globale Ungleichgewichte

2008 betragen die Leistungsbilanzsalden in ...



Wirtschaftskrise trifft Deutschland am stärksten

Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich ...



Quelle: IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Gustav Horn, Heike Joebes, Rudolf Zwiener: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (II): Globale Ungleichgewichte als Ursache der Krise, IMK Report Nr. 40 August 2009

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Deregulierung hat mehr zur Krise beigetragen als niedrige US-Zinsen

Die Finanzkrise ist nicht in erster Linie eine Folge zu lockerer Geldpolitik in den USA, sondern vor allem das Ergebnis der Deregulierung des Finanzsektors, sagt der Wirtschaftsforscher Sebastian Dullien.

Welche Faktoren haben den Zusammenbruch des globalen Finanzsystems ausgelöst? Von der Antwort auf diese Frage hängt auch die zukünftige Politik ab. Der Wirtschaftsforscher Sebastian Dullien hat sich mit der Rolle der amerikanischen Geldpolitik auseinandergesetzt.* Sein Fazit: Es gibt keine überzeugenden Belege für die These, vor allem die US-Notenbank sei verantwortlich, weil sie die Immobilienblase mit ihrer Niedrigzinspolitik aufgepumpt habe. Die Kernpunkte seiner Argumentation:

▶ Langfristig niedrige Zinsen können einen Einfluss auf die Immobilienpreise haben, können jedoch keine Blase erklären. Niedrigere Zinsen könnten die Nachfrage nach Häusern erhöhen und damit zu höheren Preisen führen. Bei steigenden Zinsen sollte sich dieser Prozess aber umkehren. Dies war jedoch nicht der Fall. So stieg der US-Leitzins zwischen 2004 und 2007 um rund vier Prozentpunkte. Dennoch verzeichneten die US-Immobilienpreise gerade in diesem Zeitraum den stärksten Anstieg.

▶ In der Finanzgeschichte gebe es keine eindeutigen Hinweise darauf, dass Spekulationsblasen während oder im Anschluss an Niedrigzinsphasen entstehen, sagt Dullien. Das gelte für den Aktiencrash von 1929, dem relativ hohe Realzinsen vorausgegangen seien, ebenso wie für die Aktienblase von 1987. Auch die US-Sparkassenkrise Mitte der 1980er-Jahre und die New-Economy-Blase der Jahrtausendwende ließen sich nicht auf besonders niedrige Leitzinsniveaus zurückführen.

▶ Banken vergeben nicht mehr Kredite an Schuldner mit zweifelhafter Bonität, wenn die Zinsen niedrig sind. Für eine solche Annahme gebe es keinen theoretischen Grund, erklärt Dullien. Im Gegenteil: Standardlehrbücher der Finanztheorie beschreiben sogar, dass die Kreditrisiken eher bei sehr hohem Zinsniveau steigen, weil sich dann nur noch besonders risikofreudige Bankkunden Geld leihen.

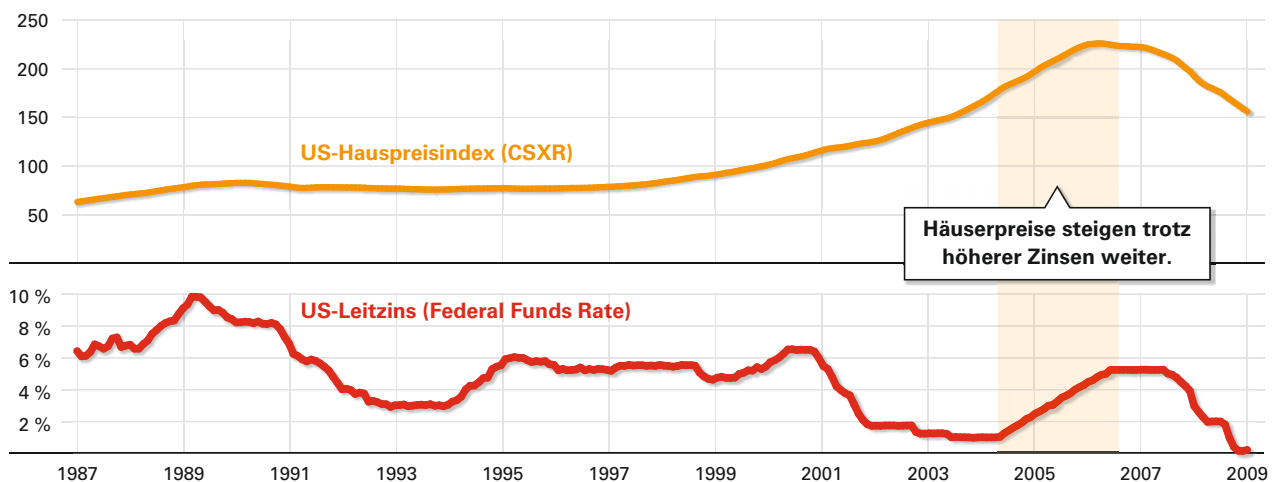
▶ Fraglich ist dem Wirtschaftsforscher zufolge auch, ob es das relativ billige Geld war, das die Banken ermuntert hat, mit langem Hebel zu spekulieren – also sich viel Geld zu leihen, um die Eigenkapitalrendite zu erhöhen. Niedrige Notenbankzinsen erhöhten schließlich die Margen der Banken, so dass sie in Niedrigzinsphasen gute Geschäfte machen können, auch ohne große Verschuldungsrisiken einzugehen. Angenommen, Banken streben eine bestimmte Eigenkapitalrendite – von beispielsweise 25 Prozent – an: Rechnerisch müssen sie dafür bei niedrigeren Leitzinsen weniger Fremdkapital aufnehmen als bei hohen.

Eine überzeugendere Erklärung für steil angestiegene Immobilienpreise sowie massenhafte Kreditvergabe an Schuldner mit wenig Eigenkapital und Einkommen sind dem Wissenschaftler zufolge Regulierungsdefizite: Die Aufsichtsbehörden hätten versäumt, den irrational handelnden Marktteilnehmern Grenzen zu setzen. Herdentrieb und Risikobindheit der Banker und Häuslebauer hätten zu den Verwerfungen geführt. Die These vom zu billigen Geld werde in der politischen Debatte aber bewusst eingesetzt, um vom eigentlichen Problem abzulenken und die Verantwortung für die Finanzkrise der staatlichen Zentralbank anstelle des unregulierten Marktes anzulasten, so Dullien. ◀

* Quelle: Sebastian Dullien: Die Mär vom zu billigen Geld, Vortrag bei der IMK-Tagung „Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen“, Juni 2009
Download und Quelledetails unter www.boecklerimpuls.de

Immobilienblase: Geldpolitik keine gute Erklärung

Sinkende Zinsen = steigende Immobilienpreise? Meist ist kein Zusammenhang erkennbar:



Quelle: Dullien 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Lohnspreizung ohne Beispiel

Seit Jahren wächst der Niedriglohnssektor in Deutschland. Noch im Aufschwung 2007 erhöhte sich die Zahl der Geringverdiener deutlich.

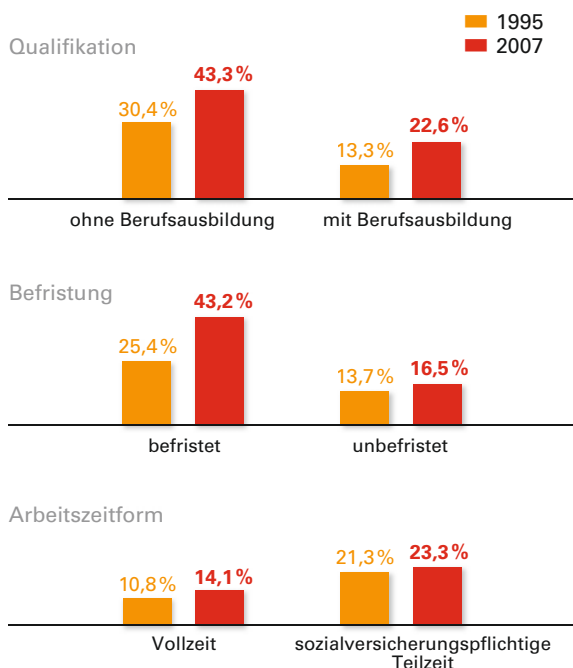
Mehr als jeder fünfte abhängig Beschäftigte in Deutschland arbeitete vor der Wirtschaftskrise zu einem Niedriglohn – das heißt: im Westen für weniger als 9,62 Euro je Stunde, im Osten für unter 7,18 Euro. Insgesamt 6,5 Millionen Menschen waren 2007 somit Geringverdiener. Zu diesem Ergebnis kommen Forscher des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ), die auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) die Größe des Niedriglohnssektors in Ost und West berechnet haben.* Die Wissenschaftler definieren Niedriglöhne nach den Konventionen der OECD als Verdienste, die weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns (Medianlohn) aller Beschäftigten betragen. In beiden Landesteilen war der Anteil der Niedriglöhner etwa gleich groß. Würde man für die neuen Bundesländer die gesamtdeutsche Marke von 9,19 Euro als Maßstab anlegen, dann müssten 40 Prozent der Ostdeutschen als Geringverdiener angesehen werden.

Deutschland habe in den vergangenen Jahren „eine fast beispiellose Ausdifferenzierung der Löhne nach unten“ erlebt, schreiben Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf vom IAQ. Die bundesweite Niedriglohnquote ist zwischen 1998 und 2007 enorm gestiegen – von 14,2 auf 21,5 Prozent aller Beschäftigten. Obwohl die Niedriglohnschwelle 2007 sogar unter der von 2003 lag, verpassen weiterhin viele Niedriglöhner den Anschluss. Selbst während der Boomphase von 2006 bis 2007 wuchs der Niedriglohnssektor um rund 350.000 Beschäftigte.

Das Lohnspektrum franst nach unten aus. Immer mehr Beschäftigte verdienen schlecht. „Stundenlöhne von weniger als 6 Euro brutto sind längst keine Seltenheit mehr“, beobachten die Forscher. In Deutschland arbeiten 1,2 Millionen Menschen für weniger als 5 Euro die Stunde, 2,2 Millionen für keine 6 Euro – und das im Hauptberuf. Zählt man noch Schüler, Studenten und Rentner hinzu, dann gibt es rund 1,9 Millionen Beschäftigte mit weniger als 5 Euro je Stunde und 3,3 Millionen unter 6 Euro. Gerade bei Minijobs und unter

Niedriglöhne nehmen überall zu

Das Risiko, für einen Niedriglohn arbeiten zu müssen, ist je nach Beschäftigtengruppe so groß ...



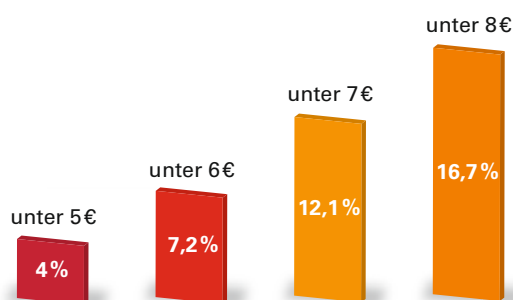
Quelle: IAQ 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Teilzeitkräften sind besonders niedrige Stundensätze stark verbreitet, so die Studie. Die Wissenschaftler halten das für ebenso problematisch wie bei Vollzeitkräften, denn rund zwei Drittel der Teilzeitbeschäftigten geben an, für ihren Lebensunterhalt auf den Verdienst angewiesen zu sein.

Der Staat schränkt den Niedriglohnssektor nicht ein. Die Forscher stellen mit Blick auf EU-Nachbarn fest: „Die meisten anderen Länder haben verbindliche Lohnuntergrenzen in Form gesetzlicher Mindestlöhne, die zwischen 38 und 50 Prozent des jeweiligen Medians liegen.“ So niedrige Löhne wie in Deutschland seien in Frankreich oder Großbritannien gar nicht erlaubt – beispielsweise ein Stundenlohn von 5 Euro, der nur 36,3 Prozent des Medianlohns beträgt und einer Vollzeitkraft gerade 800 Euro im Monat bringt. In Deutschland setze die Politik sogar gegenteilige Anreize, schreiben Kalina und Weinkopf: „In nicht unerheblichen Maß übernimmt der Staat eine Ausfallbürgschaft für Niedriglöhne, weil das Einkommen eben nicht zur Deckung des Existenzminimums ausreicht.“ Viele der so genannten Aufstocker – Beschäftigte, die zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen – arbeiten zu extrem niedrigen Stundenlöhnen. Fast 30 Prozent der westdeutschen und 40 Prozent der ostdeutschen Aufstocker verdienen weniger als 5 Euro die Stunde. ◀

Niedriglohn im Haupterwerb

Von den 30,2 Millionen Beschäftigten in Haupttätigkeiten arbeiten 2007 für ...



Quelle: IAQ 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf: Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen, IAQ Report 5/2009

Download und Quelledetails unter www.boecklerimpuls.de

Strategien für mehr Arbeitsplätze

Die weltweite Wirtschaftskrise trifft den Kern des deutschen Arbeitsmarktes. Das WSI skizziert, wie Jobs geschützt werden und neue entstehen können. Vor allem durch klugen Umgang mit der Arbeitszeit – aber auch durch die richtige soziale Absicherung und mehr öffentliche Dienstleistungen.

Obwohl die Abwärtsspirale der Weltwirtschaft den Exportweltmeister besonders hart trifft, hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland bislang weniger zugenommen als im übrigen Europa. Warum das so ist und was Beschäftigungspolitik leisten kann, wenn der Druck demnächst nochmals zunimmt, analysiert ein Forscherteam des WSI.* Untersuchungen des WSI zeigen: Die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden ist in den vergangenen Monaten durchaus vergleichbar stark zurückgegangen wie in früheren Ab-

zeit um bis zu 25 Prozent. All das trug dazu bei, dass die befürchteten Massenentlassungen bislang ausblieben.

► In und nach der Krise: Auf die Arbeitszeit kommt es an

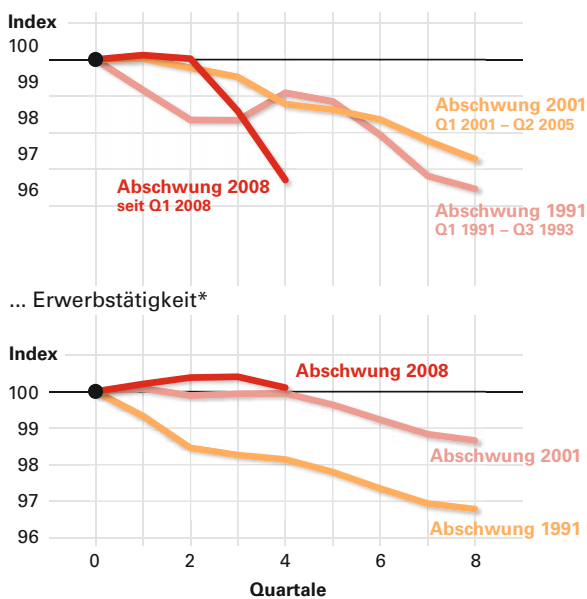
Durch die Arbeitszeit-Verkürzungen sind überraschend robuste Beschäftigungsbrücken entstanden, erklären die Wissenschaftler. Sie raten, diese Instrumente weiterzuentwickeln – um den Arbeitsmarkt in der Krise zu stabilisieren und nach ihrem Ende neu zu ordnen. Der wichtigste Pfeiler ist das Kurzarbeitergeld; dessen maximale Bezugsdauer sollte von zwei auf drei Jahre ausgedehnt werden, regt das WSI an. Damit Beschäftigte Freiräume für das Nachholen eines Abschlusses gewinnen, könnte außerdem die Pflicht aufgehoben werden, dass der Arbeitnehmer dem Betrieb jederzeit zur Verfügung stehen muss. Bislang deuten erste Erkenntnisse darauf hin, dass es auch in Zeiten von Kurzarbeit erhebliche Probleme gibt, Weiterbildung und Arbeitszeiten miteinander in Einklang zu bringen. Dabei ist der Zeitpunkt günstig für die Betriebe, ihre Beschäftigten jetzt zu qualifizieren. Tun sie das, können sie sich später die aufwendige Suche nach Spezialisten ersparen, erklären die Wissenschaftler.

Um Beschäftigte auch nach dem Auslaufen des Kurzarbeitergeldes in den Firmen zu halten, „sollten Beschäftigung sichernde Arbeitszeitverkürzungsmodelle für Betriebe oder ganze Branchen entwickelt und staatlich gefördert werden“. Es seien hierfür Regelungen denkbar, bei denen der Staat nicht den Verdienstaufschlag übernimmt, sondern die Sozialversicherungsbeiträge auf das Niveau vor der Arbeitszeitverkürzung aufstockt. Ein weiterer Ansatzpunkt: Wenn jemand durch krisenbedingte Arbeitszeit-Reduktion zum Geringverdiener wird, könnte der Staat vorübergehend das Arbeitsentgelt ohne Bedarfsprüfung mit Arbeitslosengeld II (ALG II) aufstocken. In vielen Branchen bieten die Tarifverträge zudem noch weiteren Spielraum dafür, die Regelarbeitszeit anzupassen.

Die Arbeitszeit hat eine enorme Bedeutung für die Steuerung des Arbeitsmarktes – diese Lehre lässt sich laut WSI schon jetzt aus der Krise ziehen. Allerdings werde dieses Potenzial außerhalb der Krisenzeiten nur wenig genutzt. In Deutschland sind die Möglichkeiten zur individuellen Arbeitszeitgestaltung trotz des gesetzlichen Anspruchs auf Teil-

Kurzarbeit wirkt

So entwickelten sich Arbeitsvolumen* und ...



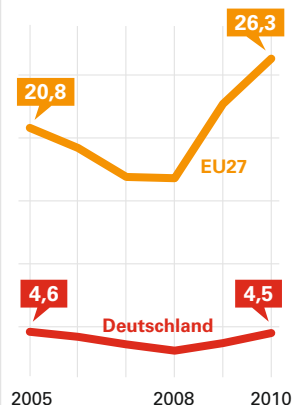
*Werte saison- und kalenderbereinigt | Quelle: WSI 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

schwüngen. Dass die Jobverluste bisher dennoch recht glimpflich ausgefallen sind, hat vor allem eine Ursache: Die Arbeitszeit vieler Beschäftigten wurde an die gesunkene Nachfrage angepasst – mithilfe von staatlich geförderter Kurzarbeit und vielfältigen betrieblichen Lösungen.

Im März gab es 1,2 Millionen Empfänger von Kurzarbeitergeld. Die reduzierten ihr Pensum um bis zu einem Drittel, die Bundesagentur für Arbeit erstattet ihnen 60 Prozent des ausgefallenen Arbeitsentgeltes. Bis zum Frühjahr wurden auf diese Weise gut 430.000 Stellen gesichert, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Auch die Unternehmen haben eine beachtliche interne Flexibilität bewiesen: Überstunden und Guthaben auf Zeitkonten wurden abgebaut, Arbeitszeitverlängerungen zurückgenommen, Regelarbeitszeiten angepasst. Der Tarifvertrag Metall etwa ermöglicht über Jahre hinweg eine Variation der Regelarbeits-

In Deutschland stabil

Arbeitslos waren* ...



*in Millionen | Quelle: AMECO-Datenbank
© Hans-Böckler-Stiftung 2009

zeit unterentwickelt, bemängeln die Wissenschaftler. Mehrere Studien belegen: Beschäftigte in Vollzeit möchten gerne weniger Stunden je Woche arbeiten, Teilzeitkräfte dagegen mehr. Die Arbeitszeitregelungen kommen ihren Wünschen indes nicht entgegen. In der Praxis reduzieren überlange Arbeitszeiten von Vollzeitkräften die Beschäftigungschancen von Job-suchenden, starre Zeitregeln erschweren die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Qualifizierung. Die Flexibilität von Arbeitszeiten orientiere sich fast nur an den Interessen der Arbeitgeber, bemängelt das WSI.

► **Der Arbeitsmarkt braucht soziale Absicherung**

Die Krise trifft den Arbeitsmarkt in einer schwierigen Phase. Das einstige Normalarbeitsverhältnis des männlichen Industriearbeiters hat an Bedeutung verloren, zunehmend mehr Menschen arbeiten in Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen. Das sind Folgen der internationalen Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Veränderungen, aber auch von politischen Entscheidungen, so das WSI. Die Reformen der vergangenen Jahre führten zu einer „Spaltung und Segmentierung“ des Arbeitsmarktes, die das finanzielle Fundament der sozialen Sicherungssysteme untergraben und einen großen Teil der Beschäftigten mit hohen Prekaritätsrisiken allein lässt.

Von 2003 bis 2007 verdoppelte sich infolge der Hartz-Reformen die Zahl der Leiharbeiter. Die Leiharbeiter waren jedoch die ersten, die seit April 2008 ihre Jobs verloren, ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung liegt inzwischen wieder unter zwei Prozent. Die Wissenschaftler warnen davor, Arbeitsmarktpolitik weiterhin zulasten prekärer, schlecht qualifizierter und weiblicher Beschäftigter zu betreiben: „Verheerend wäre es, wenn es aus kurzfristigen Kostengründen zu einer weiteren Einschränkung der Ausbildungs- und Weiterbildungsaktivitäten käme.“

Die Krise sollte stattdessen genutzt werden, um notwendige Korrekturen in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zu vollziehen, schreiben die Autoren. In den vergangenen Jahren dominierte die Ansicht, der Sozialstaat behindere das Funktionieren des Arbeitsmarktes. Das WSI wendet dagegen ein, der Sozialstaat sichere den Arbeitsmarkt ab und unterstütze ihn. So werde eine wichtige Funktion der sozialen Sicherungssysteme erst in der Krise richtig spürbar: Sie schützen nicht nur den Einzelnen, sondern stützen als „automatische Stabilisatoren“ im Abschwung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Der Sozialstaat reduziert somit die konjunkturelle Verwundbarkeit. Auch aus diesem Grund befürworten die Wissenschaftler des WSI eine Erhöhung des Regelsatzes für das ALG II.

Außerdem weisen die Forscher auf die wichtige Aufgabe des ALG I hin: Die Versicherungsleistung ermöglicht effizienteres Suchen auf dem Arbeitsmarkt. Wer länger suchen kann, findet eher die zu ihm passende Stelle. Darum rät das WSI dazu, die maximale Bezugsdauer des ALG I auf einheit-

lich zwei Jahre zu verlängern. Um die Finanzen der Arbeitslosenversicherung zu stützen, schlagen die Forscher eine Wiedereinführung der Defizithaftung des Bundes vor.

► **Die Krise trifft den Kern des Beschäftigungsmodells**

Die aktuelle Krise ist sowohl eine Konjunktur- wie auch eine Strukturkrise. „Besonders dramatisch zeigt sich dies momentan in den bisher exportstarken, industriellen Leitbranchen Deutschlands – der Automobilindustrie, Teilen des Maschinenbaus und der chemischen Industrie“, schreiben die Autoren. Die reale Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe sank von März 2008 bis März 2009 um mehr als 20 Prozent, im Verarbeitenden Gewerbe gar um 22 Prozent. Das führte dazu, dass es ausgerechnet in Baden-Württemberg den bundesweit stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit

Große Unterschiede zwischen Branchen

So entwickelte sich der Arbeitsmarkt im Mai 2009 im Vergleich zum Vorjahr ...

	Gesundheit Sozialwesen	Erziehung & Unterricht	wirtschaftl. Dienstleistung	Verarbeitendes Gewerbe
Beschäftigungszuwächse/-rückgänge	+ 3,8%	+ 4,2%	- 3,5%	- 1,8%
Zahl der offenen Stellen	+ 20%	+ 27%	- 34%	- 50%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

gab, um mehr als 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In Brandenburg dagegen ging sie um 4,8 Prozent zurück, wenn gleich von einem weit höheren Niveau. Innerhalb von einem Jahr nahm in der Bundesrepublik die Zahl der arbeitslosen Männer um 9 Prozent zu, die der Frauen sank um 5 Prozent.

Die Forscher erwarten, dass nach der Krise in einigen Branchen weniger Menschen arbeiten als vorher. Folglich gehe es mittelfristig darum, alternative Beschäftigungschancen zu ermöglichen. Der Umbruch auf dem Arbeitsmarkt erfordere eine Neuausrichtung von Industrie- und Branchenpolitik sowie der Bildungs- und Familienpolitik. Besonders viel versprechend sei ein öffentlich finanzierter Ausbau der sozialen Dienstleistungen, also der Kinderbetreuung und -erziehung, der Kranken- und Altenpflege. All diese Aufgaben lassen sich nur schlecht über den Markt lösen, darum sollte der Staat einspringen, empfiehlt das WSI. In Deutschland bestünden „erhebliche Wachstumspotenziale“. Das Beispiel der skandinavischen Länder mache den doppelte Nutzen der staatlichen Investitionen in Soziale Dienstleistungen sichtbar: Es entstehen zum einen zahlreiche Arbeitsplätze in diesen Branchen, zum anderen ermöglicht das vielen Beschäftigten, ihren Beruf besser mit dem Familienleben zu vereinbaren. ◀

* Quelle: Claudia Bogedan, Alexander Herzog-Stein, Christina Klenner, Claus Schäfer: Anforderungen an die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der Wirtschaftskrise, WSI-Diskussionspapier, August 2009
Download und Quelledetails unter www.boecklerimpuls.de

In Westeuropa über 8,40 Euro

Auch in der Wirtschaftskrise sind Europas Mindestlöhne leicht gestiegen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag, die Wirtschaft zu stabilisieren.

20 von 27 EU-Ländern haben einen gesetzlichen Mindestlohn. In Westeuropa liegt die für alle Arbeitnehmer verbindliche Lohnuntergrenze meist über 8,40 Euro. Eine Ausnahme bildet nur Großbritannien, wo der Mindestlohn von 5,73 Pfund umgerechnet 6,41 Euro beträgt – eine Folge des niedrigen Wechselkurses. Dies geht aus einer aktuellen Bestandsaufnahme des WSI-Forschers Thorsten Schulten hervor.*

In den meisten Ländern stiegen die Mindestlöhne zuletzt am 1. Januar. Die Niederlande und Luxemburg haben die gesetzliche Verdienstuntergrenze seitdem jedoch ein weiteres Mal erhöht. In Großbritannien ist die nächste Erhöhung zum 1. Oktober bereits beschlossen.

„In der Krise leisten die Mindestlöhne einen wichtigen Beitrag zur Stabilität von Lohneinkommen und wirken zugleich als Deflationsbremse“, sagt Schulten. Allerdings gerieten die Mindestlöhne angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit in zahlreichen Ländern unter Druck. Die jüngsten Erhöhungen seien daher oft recht moderat ausgefallen. In einigen Ländern gab es seit mehr als einem Jahr keine Anhebung; in Irland wird sogar offen über eine Senkung des Mindestlohnniveaus diskutiert. „Das hätte jedoch ökonomisch fatale Folgen und würde dazu beitragen, die Krise weiter zu verschärfen“, warnt Schulten.

Dänemark, Schweden, Finnland, Deutschland, Österreich, Italien und Zypern haben bislang keinen gesetzlichen Mindestlohn. Die meisten dieser Länder verfügen aber über „funktionale Äquivalente, die ihnen eine hohe Tarifbindung sichern und damit ein weitgehend funktionierendes System tarifvertraglicher Mindestlohnsicherung möglich machen“. Nur für Deutschland gelte dies nicht, so Schulten. ◀

Mindestlöhne: EU-Nachbarn erhöhen auch 2009

Gesetzliche Mindest-Stundenlöhne in der EU	zuletzt erhöht
Luxemburg 9,73 €	1.3.2009
Frankreich 8,82 €	1.7.2009
Irland 8,65 €	1.7.2007
Niederlande 8,58 €	1.7.2009
Belgien 8,41 €	1.10.2008
Deutschland DGB-Forderung 7,50 €	
Großbritannien 6,41 €	1.10.2008
Griechenland 4,28 €	1.5.2009
Spanien 3,78 €	1.1.2009
Malta 3,67 €	1.1.2009
Slowenien 3,45 €	1.8.2009
Portugal 2,71 €	1.1.2009
Tschechien 1,77 €	1.1.2007
Estland 1,73 €	1.1.2008
Slowakei 1,70 €	1.1.2009
Polen 1,65 €	1.1.2009
Lettland 1,47 €	1.1.2009
Ungarn 1,43 €	1.1.2009
Litauen 1,40 €	1.1.2008
Rumänien 0,83 €	1.1.2009
Bulgarien 0,71 €	1.1.2009

Mindestlöhne pro Stunde orientieren sich an den üblichen Wochenarbeitszeiten in den Ländern. Die Umrechnung von nationaler Währung in Euro erfolgt zum durchschnittlichen Wechselkurs des 1. Halbjahres 2009. Durch Wechselkurseffekte liegen die Mindestlöhne in Euro in einigen Ländern unterhalb der zuletzt für Januar 2009 ausgewiesenen Werte, obwohl sie in nationaler Währung konstant geblieben sind.
Quelle: WSI-Mindestlohndatenbank 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

*Thorsten Schulten ist Experte für europäische Lohnpolitik im WSI.
Download unter www.boecklerimpuls.de

Steuern

Vermögen kaum belastet

Die vermögensbezogenen Steuern sind in Deutschland besonders niedrig.

Das Aufkommen an Vermögen-, Erbschaft-, Grund- und ähnlichen Steuern entspricht nur 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Würde Deutschland Vermögen so hoch besteuern wie es die übrigen OECD-Länder im Durchschnitt tun, könnten die jährlichen Steuereinnahmen um 25 Milliarden Euro steigen. Dies geht aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor.

Im Schnitt erreichen die Steuern auf Vermögenswerte in den entwickelten Ländern 1,9 Prozent des BIP. In einigen Staaten ist der Anteil noch deutlich höher. Er beträgt in den USA 3,1, in Frankreich 3,4 und in Großbritannien 4,4 Prozent. Das DIW kommt zu dem Schluss, dass höhere Grundsteuern die Einnahmen der Gemeinden verbessern und stabilisieren würden. Mehr Geld in die öffentlichen Kassen könnte auch die Erbschaft-

steuer bringen. Allerdings habe die jüngste Reform gezeigt, dass solche Versuche oft mit zahlreichen Ausnahmeregelungen endeten. Folge: „Bei gleichem Aufkommen ist das Steuerrecht deutlich komplizierter geworden.“ Eine Vermögensteuer von einem Prozent auf Vermögen über 500.000 Euro könnte die Steuereinnahmen dem Institut zufolge um bis zu 21 Milliarden Euro im Jahr erhöhen. Betroffene könnten allerdings versuchen, sich durch Steuerflucht zu entziehen.

DIW, Wochenbericht Nr. 30, Juli 2009

Leiharbeit: Nachbarn regulieren besser

Tausende von Leiharbeitern haben 2009 ihren Job verloren. Doch Wissenschaftler rechnen damit, dass sich der Leiharbeitsboom im nächsten Aufschwung fortsetzt. Sie raten, die Arbeitsbedingungen in der Branche nach dem Vorbild anderer Länder zu verbessern.

Bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise hat die Leiharbeit in ganz Europa zugenommen. Aber nicht überall ist in den Betrieben eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstanden. Forscher des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) haben gesetzliche und tarifliche Regulierungsmodelle in einigen europäischen Ländern untersucht.* Aus ihren Analysen ergeben sich Ansatzpunkte für eine Neuregulierung in Deutschland.

Frankreich hat einen Leiharbeitsmarkt mit „vergleichsweise starker“ gesetzlicher Regulierung, schreiben die IAQ-Forscher. Das Prinzip **gleiches Geld für gleiche Arbeit** (Equal Pay) gelte hier – im Gegensatz zu Deutschland – uneingeschränkt. So bekommen Leiharbeitskräfte in jedem Fall den im Entleihunternehmen üblichen Grundlohn. Dieser kann nicht unter den gesetzlichen **Mindestlohn von 8,82 Euro** fallen. Zusätzlich haben sie Anspruch auf eine so genannte Prekaritätsprämie in Höhe von zehn Prozent der Bruttolohnsumme. Entsprechend spielt das bei der Leiharbeit „in Deutschland immer stärker werdende Motiv der Personalkostensenkung“ in Frankreich eine geringere Rolle, so das IAQ. In vieler anderer Hinsicht sind deutscher und französischer Leiharbeitsmarkt hingegen vergleichbar: Persönliche Merkmale, Einsatzgebiete und Anteil der Leiharbeitskräfte an den insgesamt Erwerbstätigen ähneln sich. In beiden Ländern ist der typische Leiharbeitnehmer jung, männlich und arbeitet im Produzierenden Gewerbe auf einer Stelle mit niedrigen bis mittleren Anforderungen. Allerdings ist die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in Frankreich noch kürzer als in Deutschland. Meist werden Arbeitsverträge nur für die Dauer eines Einsatzes im Entleihbetrieb geschlossen. Eine weitere französische Besonderheit besteht in den gesetzlichen Vorschriften zur **Weiterbildung**: Zeitarbeitsfirmen müssen 2,15 Prozent ihrer Lohnsumme in einen Qualifizierungsfonds einzahlen, aus dem Fortbildungsmaßnahmen für Leiharbeitskräfte bezahlt werden. Laut IAQ „ein interessanter Ansatz, um Phasen der Arbeitslosigkeit zu überbrücken und die Arbeitsmarktchancen zu erhöhen“.

Österreich ist der Untersuchung zufolge ein Beispiel für relativ erfolgreiche tarifvertragliche Regulierung. Hier gebe es „klar erkennbare Ansätze zur Reduzierung der Unterschiede zwischen externen und internen Beschäftigten“. Für Leiharbeitnehmer gelten **tarifliche Mindestlöhne**, für Ungelernte **wenigstens 7,63 Euro**. Sie dürfen weder während eines Einsatzes noch in verleihfreien Zeiten unterschritten werden. Beim Einsatz in Hochlohnbranchen wie Metall oder Chemie kommen so genannte **Referenzzuschläge** von bis zu 19 Prozent hinzu, die die Lohndifferenz zwischen Verleih- und Entleihbetrieb reduzieren. In einigen Einsatzbetrieben gibt es Betriebsvereinbarungen, die weitere Aufschläge vorschreiben.

Sind Leiharbeitskräfte ein halbes Jahr in einem Betrieb beschäftigt, gelten für sie zudem alle Betriebsvereinbarungen und Sonderleistungen.

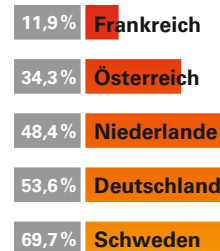
Schweden hat kaum spezielle gesetzliche Regelungen zur Leiharbeit. Dennoch beschreiben die Wissenschaftler den schwedischen Leiharbeitsmarkt als „hoch reguliert“. Die Branche sei, ähnlich wie in Dänemark, dank der relativ starken Gewerkschaften „tarifvertraglich gezähmt“. Leiharbeitskräfte haben in der Regel **unbefristete Vollzeitstellen**. Das **Equal-Pay-Prinzip** ist zumindest **für Arbeiter** in Kollektivverträgen festgeschrieben. Der entsprechende Tarifvertrag für Angestellte sieht eine individuelle Aushandlung des Gehalts vor. Die Gesamteinschätzung der IAQ-Forscher: „Im Gegensatz zu Deutschland ist es den Tarifparteien in Schweden gelungen, im Rahmen des herkömmlichen Systems der industriellen Beziehungen akzeptable Regelungen zu schaffen.“ Die Strategie der DGB-Gewerkschaften, über den Weg der Tarifpolitik gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, ist demgegenüber bislang an der Unterbietungskonkurrenz der christlichen Gewerkschaften gescheitert.

Die **Niederlande** würden zwar oft als vorbildlich bezeichnet, was „die Verbindung von Sicherheit und Flexibilität bei der Zeitarbeit“ betrifft, heißt es in der IAQ-Studie. Daran seien jedoch Zweifel angebracht, denn einige wichtige Verbesserungen des Status von Leiharbeitskräften greifen erst, wenn sie bereits lange in der Branche oder sogar beim selben Verleiher beschäftigt sind. Dies betrifft etwa den Anspruch auf Lohnfortzahlung in verleihfreien Zeiten. In der Praxis profitieren hiervon aber nur wenige, weil rund drei Viertel der Leiharbeitskräfte erst kurz, das heißt weniger als 18 Monate, in der Branche tätig sind. Vom gesetzlichen Grundsatz der gleichen Bezahlung kann wie in Deutschland durch Tarifvertrag abgewichen werden – und dies ist die übliche Praxis. Allerdings ist der wichtigste Zeitarbeitstarifvertrag in den Niederlanden für allgemeinverbindlich erklärt worden. Außerdem ist tariflich geregelt, dass Leiharbeitskräfte zumindest bei längeren betrieblichen Einsätzen von mehr als sechs Monaten einen Anspruch auf gleiche Bezahlung haben.

Das IAQ resümiert, der Blick auf die Regelungen in anderen europäischen Ländern lasse verschiedene Möglichkeiten erkennen, um die ausgeprägten Lohnunterschiede zwischen Stamm- und Randbelegschaften zu verringern: Gleiche Bezahlung plus Prekaritätsprämie wie in Frankreich oder zumindest Referenzzuschläge bei Einsätzen in Hochlohnbranchen wie in Österreich. Wenigstens bei längeren betrieblichen Einsätzen sollte Equal Pay wie in den Niederlanden gelten, um finanzielle Anreize zur Ausweitung der Leiharbeit zu begrenzen. ◀

Aufwind bis zur Krise

Von 2004 bis 2007 nahm die Leiharbeit zu um ...



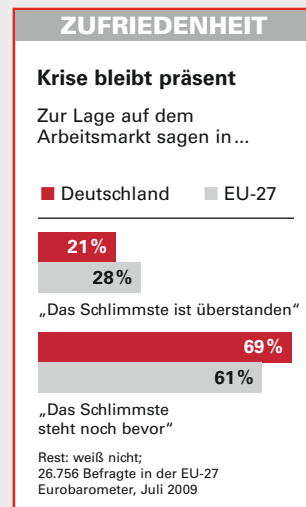
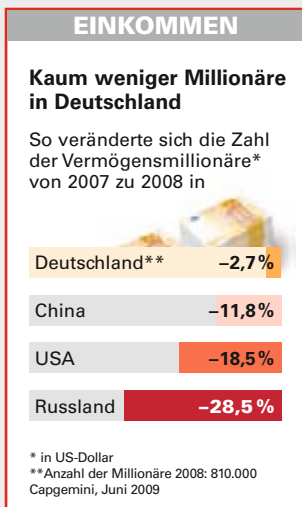
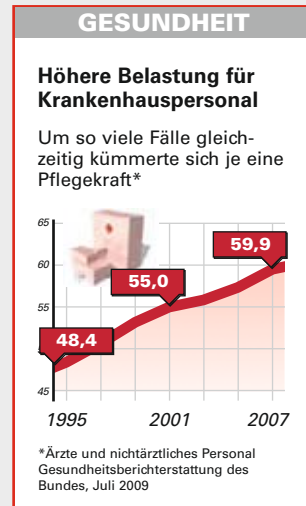
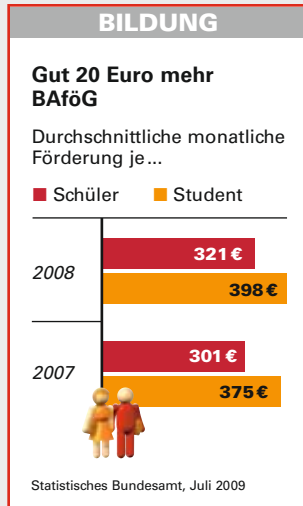
Quelle: Arrowsmith 2008
© Hans-Böckler-Stiftung 2009

* Quelle: Achim Vanselow, Claudia Weinkopf: Zeitarbeit in anderen Ländern – Lehren für Deutschland?, Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2009
Download unter www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286, Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Arbeitnehmer haben kaum vom Wachstum vor der Krise profitiert. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung sanken die Reallöhne von 2004 bis 2008. Gleichzeitig stiegen die Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Kapitalvermögen. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sank 2008 auf ein Rekordtief von 61 Prozent. DIW, August 2009

► **VERMÖGEN:** Die Kursverluste an der Börse im Zuge der Wirtschaftskrise haben die deutschen Anleger verprellt. Im ersten Halbjahr 2009 gab es nach Angaben des Deutschen Aktieninstituts nur noch 8,8 Millionen Aktienbesitzer. Zu Hochzeiten 2001 waren es 12,8 Millionen; 2007 immerhin noch 10,3 Millionen. Am stärksten ging in den ersten sechs Monaten

dieses Jahres die Zahl der reinen Belegschaftsaktionäre zurück. Sie sank um 11,1 Prozent auf 604.000 im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2008. Vor der Krise 2007 hatte es noch 800.000 Belegschaftsaktionäre gegeben. Dt. Aktieninstitut, August 2009
 ► **MANAGER:** 2005 waren unter den Vorstandschefs der 50 größten deutschen Industrieunternehmen fast doppelt

so viele Techniker wie 1990, der Anteil der Juristen ging um drei Viertel zurück. Das zeigt eine Studie des Max-Planck-Instituts (MPI) für Gesellschaftsforschung. Wenn die stärker „staatsorientierten“ Juristen auf dem Rückzug seien, verringere sich die Bindung zwischen Staat und Wirtschaft, so das MPI. MPI für Gesellschaftsforschung, August 2009